

**Protokoll zum 5. Landesparteitag, DIE LINKE. Landesverband Bremen,
8. November 2009 im Bürgerhaus Mahndorf
V-2**

Protokoll: Doris Achelwilm bis zur Mittagspause, Maja Imlau ab 13.45 Uhr

1. **Begrüßung:** Die Landessprecherin begrüßt die anwesenden Delegierten und Gäste. Nach einem Überblick auf die politische Situation seit der Bundestagswahl hält der Landesparteitag eine Gedenkminute zu Ehren der verstorbenen Mitstreiter Klaus Busch und Ulrich „Urdrü“ Reineking ab. Anschließend gratuliert der Landesparteitag den anwesenden MdBs Agnes Alpers und Herbert Behrens zum Einzug in den Bundestag.
2. **Konstituierung des Landesparteitages.**
 - 2.1. **Wahl eines Arbeitspräsidiums:** Für das Arbeitspräsidium werden vorgeschlagen: Doris Achelwilm, Carsten Albrecht, Eva Böller, Friedhelm Grützner, Maja Imlau, Michael Mork, Bettina Schuler, Jan Restat. Der Vorschlag wird bei wenigen Enthaltungen angenommen. Das erste „Team“ mit Doris Achelwilm, Carsten Albrecht, Eva Böller und Michael Mork übernimmt die Tagungsleitung.
 - 2.2. **Wahl einer Mandatsprüfungskommission:** Als Mandatsprüfungskommission werden Joachim Dubrow, Jörn Hermening, Ullrich Peter Kokott, Heico Marschner, Birgit Menz bei wenigen Enthaltungen bestätigt.
 - 2.3. **Wahl einer Wahlkommission:** Die Wahlkommission bleibt mit der Mandatsprüfungskommission bei einer Enthaltung identisch.
 - 2.4. **Beschluss der Geschäftsordnung.** Unter Aufnahme der satzungsbedingten Änderung, dass für die Besetzung der Arbeitsgremien des Landesparteitags der Landesrat zuständig ist, wird die Geschäftsordnung bei wenigen Enthaltungen angenommen.
 - 2.5. **Beschluss der Tagesordnung und des Zeitplans.** Um 11.45 Uhr berichtet die Mandatsprüfungskommission, dass von den 72 gewählten 65 Delegierte anwesend sind, davon 31 Frauen und 34 Männer. Damit (ab 37 Delegierten) ist der Landesparteitag beschlussfähig.

Antrag T und T1 (Vorschlag der Tagesordnung und Änderungen zur Tagesordnung): Unter Berücksichtigung der Anträge T und T1 wird nach verschiedenen Änderungen folgende Tagesordnung bei einer Gegenstimme und wenigen Enthaltungen angenommen:
3. *Auswertung der Wahlen und Vorbereitung Bürgerschaftswahl*
 - 3.1. *Auswertung Wahlen*
 - 3.2. *Bericht der Fraktion: wichtige Vorhaben bis 2011*
 - 3.3. *Bericht MdB Agnes Alpers*
 - 3.4. *Koalitionsfrage/Umgang mit anderen Parteien*
 - 3.5. *Initiativantrag „Einbehaltung von Mandatsträgerbeiträgen“*
 - 3.6. *Einbringung Leitantrag*
 - 3.7. *Debatte*
 - Mittagspause*
 - Fortsetzung Debatte*
 - 3.8. *Beschlussfassung Leitantrag*
4. *Wahlen*
 - 4.1. *Beschlussfassungen zur Wahlordnung/Bericht der Mandatsprüfungskommission*
 - 4.2. *Wahl der Mitglieder des Bundesausschusses*
 - 4.3. *Nachwahl eines weiblichen Mitgliedes in den Landesvorstand*

- 4.4. Wahl der Landesschiedskommission
- 4.5. Wahl der Landesfinanzrevisionskommission
5. Weitere Anträge an den Parteitag
6. Schlusswort

Zu 3.1.: Bei wenigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen wird der TOP „Auswertung Bundestagswahl“ zum TOP „Auswertung Wahlen“ erweitert.

Zu 3.4.: Die laut T1 beantragte „Änderung der Redezeit für den Tagesordnungspunkt 3.4.“ zugunsten von Redebeiträgen durch VertreterInnen bundespolitischer Strömungen wird bei vielen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen abgelehnt.

Zu 3.5.: Der Initiativantrag I2 („Einbehaltung von Mandatsträgerbeiträgen“) wird bei vielen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen auf die Tagesordnung genommen.

Zu 3.6.: Das Tagungspräsidium sichert zu, den Leitantrag en bloc – ohne Unterbrechung durch die Mittagspause – behandeln zu lassen.

Antrag T2 (Ergänzung der Tagesordnung um „Bericht der Landesfinanzrevisionskommission“): Der Antragsteller (Kreisvorstand Links der Weser) zieht den Antrag zurück.

Antrag T3 [Ergänzung der Tagesordnung um die Punkte „Datenschutzbeauftragte“, „Berichte der neu zu wählenden Gremien“ (Schiedskommission und Revisionskommission), „Bundesausschuss“, „Berichte aus den Arbeitsgruppen“]: Alle Punkte bis auf 3. (Bundesausschuss) werden auf den 6. Landesparteitag am 30. Januar 2010 verschoben. Es wird vereinbart, dass die Datenschutzbeauftragte sich dort vorstellt und einen Bericht über ihre Tätigkeiten hält. Die Arbeitsgruppen werden aufgefordert, regelmäßig über Arbeitsergebnisse, Termine und laufende Prozesse zu informieren.

Antrag T4 (Aussprache über die diesjährigen Wahlkampfaktivitäten): Der Antragsteller (Kreisvorstand Nord-West) zieht den Antrag unter Verweis auf dessen Berücksichtigung unter TOP 3 („Auswertung der Wahlen“) zurück.

Antrag T5 (Verschieben des Tagesordnungspunktes 4 „Wahlen“ auf 6. Landesparteitag): Der Antragsteller zieht den Antrag zurück.

3. Auswertung der Wahlen und Vorbereitung Bürgerschaftswahl

Beginn der Aussprache durch den Landeswahlkampfleiter über das Wahlkampfjahr 2009. Er würdigt die guten Bremer Wahlergebnisse, plädiert außerdem für gründliche Auswertung der positiven Bilanz. Dank geht an zahlreiche Mitglieder sowie die LAG SeniorInnen, AG Beistand & Beratung und Webredaktion.

Weitere Aussprachen.

Mitglied aus Bremen-Nord bemängelt erhebliche Defizite in der Organisation des Wahlkampfs. Ungenügende Informationsflüsse. Kreiswahlkampfleiter hatten keinen direkten Kontakt zu Linksaktiv-AktivistInnen. Organisationsstruktur erinnerte an „Zwei-Klassen-Wahlkampf“. Zur Bürgerschaftswahl 2011 wird Besserung und Aussprache mit Kreiswahlkampfleitern erwartet. Ergebnisse der kritischen Auswertung sollen auf nächstem Parteitag bekannt gegeben werden.

Mitglied aus Bremerhaven berichtet von erhöhtem Interesse von Bürgerinnen und Bürgern in den Büros und an Infoständen. Zur Vereinfachung von Plakatier-Arbeiten sollten A0-Plakate gegen handlichere Formate (EasyPlates) ausgetauscht werden. Kritik: Nächstes Mal früher mit Plakatierung beginnen, da die guten Stellplätze ansonsten besetzt sind.

Vertreterin der LAG SeniorInnen bemängelt, dass eine Wahlkampfveranstaltung ausfallen musste, weil Raummiete nicht bewilligt wurde. Davon abgesehen war das Vorprogramm zur

Wahlveranstaltung mit Oskar Lafontaine zu laut. Auch fehlte es auf dem Marktplatz an informativen „Zwischenstands-Durchsagen“ für das wartende Publikum.

Ein aus Lübeck zugezogenes Mitglied kritisiert, dass Organisationsstruktur über den Verlauf des Bremer Wahlkampfes intransparent blieb. Reibungsverluste zwischen Kreisvorstands- und Landesvorstandsebene müssen künftig vermindert, Strukturfragen geklärt werden.

Mitglied aus Bremen-Nord gemahnt daran, dass LINKE nicht wegen Plakatierung oder Organisationsstruktur gewählt wurde, sondern, „weil die Leute uns politisch etwas zutrauen“. Präsenz von Mitgliedern vor Ort sowie in den Medien sei höher als zuvor gewesen, weil Aktivität überdurchschnittlich gut war.

Der Kreissprecher Links der Weser dankt Agnes Alpers und einzelnen Mitgliedern für hohen persönlichen Einsatz im Wahlkampf.

Mitglied aus Landesvorstand gibt zu bedenken, dass Wahlerfolg gemeinsam erreicht wurde. Kritikpunkte haben zwar ihre Berechtigung, für die Bürgerschaftswahlen 2011 muss dennoch ein offener und konstruktiver Umgang untereinander erreicht werden. Im Wahlkampf hat man es schon geschafft, ein positives, geschlossenes Bild zu vermitteln.

Mitglied mit Wahlkampfaufgaben verwehrt sich gegen Vorwürfe und bemängelt, dass Konflikte auch von der anderen Seite provoziert wurden. Kritikpunkte wurden nicht offen ausgesprochen, sondern über atmosphärische Verstimmungen und Vorwurfskultur ausgetragen.

Landessprecherin appelliert an schlichtende Aufgaben von Funktionsträgern. Inhaltliche Zusammenarbeit muss gestärkt werden. Besonderer Dank geht an Axel Troost, der den Bremer Wahlkampf intensiv unterstützt hat und nun in seinen Wahlkreis nach Sachsen wechselt.

Mitglied mit Wahlkampfaufgaben erklärt „Projekt Linksaktiv“ zum „Flop“. Interne Machtkämpfe wurden über die Leitungsebenen des Wahlkampfes ausgetragen. Statt „technische Diskussionen“ zu führen, müsse der Wahlkampf politisch bewertet werden. Auffällig im Wahlkampf sei ein Wendepunkt gewesen, der der LINKEN als „Sympathiewelle“ entgegenkam.

Mitglied aus Tenever fordert „permanenten Wahlkampf“. Dort kamen neben Bremern auch viele junge Menschen aus 90 Nationen als Interessenten auf die LINKE zu. In den Stadtteilen gibt es ein „unheimliches Potential“, das nicht vernachlässigt werden darf.

Nach der Aussprache zu den Wahlen geht der Landesparteitag bis circa 13.30 Uhr in die Mittagspause.

Anschließend übernimmt das Arbeitspräsidium mit Friedhelm Grützner, Maja Imlau, Jan Restat, Bettina Schuler die Tagungsleitung.

TOP 3.2 Bericht der Fraktion: wichtige Vorhaben bis 2011

- Der Fraktionssprecher Peter Erlanson berichtet über die Arbeit der Fraktion, Er spricht über Instrumente, die der Fraktion für ihre Arbeit zur Verfügung stehen, = Anfragen, Anträge, Gesetzentwürfe - Änderungsanträge dazu und öffentliche Anfragen. Er lobt den Wahlkampf, lobt die Partei verweist aber darauf, dass wir nicht die Mehrheit haben. Wir haben der Öffentlichkeit klar gemacht, dass die Linksfraktion da ist, für sie da ist.
Zu einer möglichen Koalition nennt er folgende Themen, von denen die Linke nicht abrücken darf:
 - x kein weiterer Sozialabbau
 - x keinen weiteren Abbau von Stellen im öffentlichen Dienst,

x wir wollen keine weitere Privatisierung, wir wollen Rückführung

Weitere Sprecher zum Thema Fraktion:

- Jost Beilken, spricht u. a. über Bildung, Schulen
- Klaus-Rainer Rupp, spricht über Haushaltsführung kritisiert / bezweifelt eine gute Kooperation zwischen Landesvorstand u. Fraktion
- Ein Delegierter aus dem KV Mitte – Ost spricht darüber, dass Fehler gemacht werden, diese bleiben nicht aus, wo Arbeit gemacht wird. Er berichtet von seiner Tätigkeit als Beirat.
- Ein Genosse bezweifelt, ob eine reale Bilanz eingetroffen ist.
- Ein Mitglied aus Mitte-Ost gibt seinem Vorredner in sofern Recht, wie kann es sein, dass von einer Oppositionspartei ein derartiger Haushaltsentwurf angenommen wurde.
- Die Akzeptanz und Vernetzung der AG´s sollte thematisiert werden. AG´s müssen mehr in die Arbeit der Fraktion eingebunden werden.
- Klaus-Rainer Rupp nimmt Stellung zur Annahme des Haushalts und übernimmt die volle Verantwortung dafür. Er ist davon ausgegangen, es handele sich nur um die erste Lesung und hat nicht bedacht, dass dieser Beschluss nach hinten los geht.
- Inga Nitz erläutert die terminlichen Anforderungen an Bürgerschaftsabgeordnete und die damit im Zusammenhang stehende Teilnahme an Arbeitsgruppen der Partei.

TOP 3.3 Agnes Alpers Bericht über ihre Arbeit im Bundestag. Sie berichtet von ihren ersten Eindrücken in der Bundestagsfraktion und von den Schwerpunkten ihrer zukünftigen Arbeit. Sie wird Schriftführerin im Bundestag.

TOP 3.4 Koalitionsfrage/ Umgang mit anderen Parteien

- Der LPT ist sich einig, dass wir wachsen müssen, wir müssen so groß werden, dass man ohne uns nicht mehr kann.
- Wir brauchen klare Forderungen, Standpunkte für eventuelle Koalitionen.

Nach einiger Diskussion wird ein Geschäftsordnungsantrag gestellt:

„Ende der Debatte“ dieser wird mit großer Mehrheit angenommen.

Das Präsidium schlägt vor, von den insgesamt 4 Initiativanträgen die Anträge I 2 und I 3 sofort zu behandeln, die Anträge I1 und I4 nach der Leitantragsdebatte ab zu stimmen.

Der Vorschlag des Präsidiums, von den insgesamt 4 Initiativanträgen die Anträge I 2 und I 3 sofort zu behandeln, die Anträge I1 und I4 nach der Leitantragsdebatte ab zu stimmen wird angenommen.

Die Landessprecherin wirbt für eine Spendenaktion

Antrag I 2

- zur Abführung – Zurückhaltung von Mandatsträgerbeiträgen für Rücklagen zum Wahlkampf 2011
Der Antragsteller begründet seinen Antrag „Beiträge von Mandatsträgern werden bedingungslos gezahlt.“

Der Fraktionsvorsitzende P. Erlanson kritisiert die Nichtinformation darüber, wie mit den Mandatsträgerbeiträgen umgegangen wird. Auf mehrere Anfragen bekam er vom Landesvorstand keine Antwort. Er bemängelt die Intransparenz seitens des Landesvorstandes und des Landesgeschäftsführers.

Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen

Antrag I 3

Der Antrag, der den LaVo auffordert, eine Etatplanung für 2010/2011 vorzulegen und dabei ausreichend Wahlkampfmittel einzuplanen wird geändert, in Abs. 1 in Zeile 3 – Finanzsystem wird gestrichen und ersetzt durch Finanzbericht 2009

Der so geänderte Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen

Hier folgt eine persönliche Ansprache von Inga Nitz: "Ich verwahre mich gegen jegliche Vorwürfe, die mittels des Antrages I2 suggeriert werden. Ich zahle jeden Monat meine Mandatsträgerabgaben und darüber hinaus wie jedes ordentliche Parteimitglied auch entsprechend meiner monatlichen Einkünfte satzungsgemäß meinen Parteibeitrag."

- 10 Minuten Pause

TOP 3.5. Einbringung Leitantrag

Der Landessprecher stellt den Leitantrag vor und begründet ihn. Es wird eine Redezeit von 3 Minuten festgelegt. Die Debatte wird auf eine halbe Stunde festgelegt, - Zielsetzung Ende 17:05 Uhr, kann aber verlängert werden, wenn der Bedarf entsprechend ist.

Nach einer anfänglichen Debatte wird der GO Antrag auf Verkürzung der Redezeit auf 2 Minuten gestellt. Dieser wird mit großer Mehrheit angenommen.

Im Laufe der Debatte gibt Jörg Gütler eine persönliche Erklärung ab. „In einem Wortbeitrag erklärte Jürgen Willner zu Jörg Gütler, dass er von ihm bisher keinerlei politische Stellungnahme gehört hat. Jörg G. weist darauf hin, dass er im Wahlprogramm zur Bürgerschaft 2007 die Bereiche Wirtschaft und Senioren allein verantwortet habe, an dem Bereich Arbeit maßgeblich und an den Bereichen Migration, Öffentliche Sicherheit und Demokratie mitgewirkt habe. Die Behauptung des Genossen Willner ist daher nicht zutreffend.“

Der Antrag, den Leitantrag ohne Befassung von Änderungsanträgen abzulehnen wurde mit 24 ja, 30 nein, 2 Enthaltungen abgelehnt. Er wird danach mit großer Mehrheit auf den kommenden LPT vertagt.

Anschließend wird der Antrag gestellt, den Parteitag nach den Initiativanträgen I 1 und I 4 zu beenden und im Januar 2010 fortzusetzen, dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Antrag I 1 Beschlussvorschlag: Keine schwarz-gelbe Politik in unserem Namen wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Antrag I 4 Solidarität mit Opel

Wird nach Streichung letzter Absatz „Wenn ihr Hilfe benötigt, lasst es uns wissen“ mit großer Mehrheit angenommen.

Der Parteitag endete um 19:23 Uhr. Er wird im Januar fortgesetzt, die TO, GO und Präsidium wird beibehalten, da es sich um eine Fortsetzung handelt.